

Wiedergutmacht?

Die Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen
Verfolgung nach dem Bundesergänzungsgesetz durch
die Entschädigungsgerichte im OLG-Bezirk Hamm

Von

Katharina van Bebber



Duncker & Humblot · Berlin

Inhaltsverzeichnis

Erster Teil

Einführung	13
I. „Fälle sind die Sprache der Juristen. An ihnen führt kein Weg vorbei.“	13
II. Konkretisierung der Fragestellung: „Das Was bedenke, mehr bedenke: Wie.“	16
1. Gesellschaftsbildende Bedeutung	17
2. Juristische Aufarbeitung des nationalsozialistischen Unrechts	18
3. Rehabilitierung der Opfer	21
a) Entschädigung als materielle Rehabilitierung?	21
b) Entschädigung als moralische Rehabilitierung?	23
4. Die Rechtsprechung	26
III. Zum Gegenstand der Untersuchung	29
1. Rechtliche Einordnung der Individualentschädigung in den Gesamtzusammenhang der Wiedergutmachung	29
2. Die Geschichte des Entschädigungsrechts	32
a) Historische Vorgänger?	32
b) Die Rechtslage bis zum Erlaß des Bundesergänzungsgesetzes.	33
c) Das Bundesergänzungsgesetz	35
d) Die weitere Entwicklung	39
e) Fehlende wissenschaftliche Bearbeitung	39
3. Das Bundesergänzungsgesetz: Verfahrensgang und Anspruchsvoraussetzungen im Überblick	41
a) Die allgemeinen Voraussetzungen jedes Entschädigungsanspruchs	41
b) Überblick über die einzelnen Entschädigungsansprüche	42
aa) Entschädigung für Schaden an Leben	43
bb) Entschädigung für Schaden an Körper und Gesundheit	43
cc) Entschädigung für Schaden an Freiheit	44
dd) Entschädigung für Schaden an Eigentum und Vermögen	45
ee) Entschädigung für Schaden im beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen	46
c) Organisation und Verfahren	47
aa) Verfahrensordnung	48
bb) Amtsermittlungsgrundsatz	49
cc) Einschränkungen des Amtsermittlungsgrundsatzes	50

dd) Beweislast und Beweiserleichterungen	51
ee) Beweismittel	52

Zweiter Teil

Die Entschädigung im OLG-Bezirk Hamm	53
---	-----------

Erstes Kapitel

Die Besetzung der Entschädigungsgerichte	57
---	-----------

I. Verfolgte als Richter bei den Entschädigungskammern/-senaten im OLG-Bezirk Hamm	59
II. Eignung der Verfolgten-Regelung?	61
III. Die Personalpolitik außerhalb der Verfolgten-Regelung	62
IV. Überprüfung und Konkretisierung der Ergebnisse anhand der Durchsicht der Personalakten	64

Zweites Kapitel

Prozessuale Fragen	70
---------------------------	-----------

I. Dauer	71
II. Vergleiche	77
III. Einhaltung der Klagefrist	78
1. Zulässigkeit der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	79
2. Handhabung der Wiedereinsetzung	82
3. Gerichtsferien	85
IV. Versäumnisurteile	87
V. Anspruch auf Anerkennung – Entschädigungsanspruch?	91

Drittes Kapitel

Der Anspruch auf Entschädigung: Die allgemeinen Anspruchsvoraussetzungen im Spiegel der Rechtsprechung im OLG-Bezirk Hamm	102
--	------------

I. Einführung	102
1. Die gesetzliche Ausgestaltung des Verfolgungsbegriffs im BErgG	104
2. Funktion der Verfolgungsgründe	107

3. Ziel der Untersuchung	112
4. Die quantitative Bedeutung der verschiedenen Verfolgungsgründe in der Praxis	113
II. Verfolgung aus Gründen der Rasse	116
1. Juden	118
2. Sinti und Roma	132
a) Die rechtlichen Vorgaben	135
b) Die Rechtsprechung des BGH	136
c) Die Entschädigungspraxis im OLG-Bezirk Hamm	137
d) Spezifische Vorurteile gegenüber Sinti und Roma?	144
e) Zum Vergleich: „Sozialverfolgte“	152
III. Verfolgung wegen einer gegen den Nationalsozialismus gerichteten politischen Überzeugung	161
1. Vorliegen einer erkennbaren gegen den Nationalsozialismus gerichteten politischen Überzeugung	167
a) Abstellen auf die innere Haltung des Geschädigten	167
b) Voraussetzungen der geforderten Überzeugung	170
c) Politische Parteien: Kollektive Gegnerschaft	171
d) Individuelle politische Gegnerschaft	180
e) Irrtümliche Verfolgung	203
2. Der ursächliche Zusammenhang zwischen der geforderten Überzeugung und der schadensstiftenden Maßnahme	207
a) Beurteilung des entschädigungsrechtlichen Unrechts im Bereich der NS-Strafrechtspflege	208
aa) Bewertung der Rechtsgrundlagen	208
bb) Bewertung der Anwendung der Rechtsgrundlagen	216
cc) Zusammenfassung und Stellungnahme	226
b) Beurteilung des ursächlichen Zusammenhangs in anderen Fällen	231
3. Die Problematik der Mißbrauchsfälle	240
4. Zusammenfassende Bewertung der Entschädigungspraxis im Bereich der politischen Verfolgung	247
IV. Verfolgung aus Gründen des Glaubens	250
1. Christliche Kirchen	250
2. Zeugen Jehovas	258
V. Verfolgung wegen eines aktiven Einsatzes gegen die Mißachtung der Menschenwürde	274
VI. Entschädigung für eine Sterilisation nach dem Erbgesundheitsgesetz?	286
1. Fehlen eines Verfolgungsgrundes „Sterilisation“	288
2. Anwendung der gesetzlichen Verfolgungsgründe?	292
a) Sterilisation aus Gründen der Rasse?	292

b) Sterilisation wegen eines aktiven Einsatzes gegen die Mißachtung der Menschenwürde?	294
c) Sterilisation aus anderen Verfolgungsgründen?	296
3. Mangelndes Einfühlungsvermögen der Richter?	301

Viertes Kapitel

Der Ausschluß des Anspruchs auf Entschädigung	309
I. Vorschubleisten der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft	310
II. Falsche Angaben	332
III. Vorschubleisten einer anderen Gewaltherrschaft/Bekämpfen der freiheitlich demokratischen Grundordnung	346
IV. Rechtskräftige Verurteilung bzw. Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte	351
V. Zusammenfassung	354

Dritter Teil

Schlußbetrachtung

I. Die Besetzung der Gerichte	356
II. Prozessuale Fragen	357
III. Die allgemeinen Voraussetzungen des Entschädigungsanspruchs	357
IV. Vorliegen eines Verfassungsgrundes	358
V. Ursächlichkeit des Verfolgungsgrundes für die schadensstiftende Maßnahme	359
VI. Ausblick	362

Anhang

Synopse: BergG/BEG	364
Quellenverzeichnis	373
Literaturverzeichnis	376
Stichwortverzeichnis	393